

Entgrenzung der Politik - Bedeutung für die politische Bildung heute

1. In modernen Gesellschaften ist ein Prozeß der *Entgrenzung von Politik* (Beck) zu beobachten: Die Trennung von Politik auf der einen und Wirtschaft, Technik, Gesellschaft, Kultur auf der anderen Seite, die Trennung von "politischen" und "unpolitischen" sozialen Bereichen, von citoyen und bourgeois, wird immer fiktiver.

Nicht erst seit heute, aber beschleunigt durch die sozialen Veränderungsprozesse in modernen Gesellschaften, beginnt sich die in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft gedachte Trennung von (politischem) Staat und (unpolitischer) Gesellschaft aufzulösen. Schon die bloße Reichweite vieler technologischer Neuerungen und ökonomischer Entscheidungen macht diese heute zum Politikum: "Wo die Konturen einer anderen Gesellschaft nicht mehr aus den Debatten des Parlaments oder den Entscheidungen der Exekutive, sondern aus der Umsetzung von Mikroelektronik, Reaktortechnologie und Humangenetik erwartet werden, zerbrechen die Konstruktionen, die den Modernisierungsprozeß politisch neutral gehalten haben."(1)

2. Dies heißt nicht, daß Politik sich quasi auflöst, daß "alles" politisch ist. Die politische Qualität eines Sach- oder Sozialzusammenhangs ist von anderen Qualitäten durchaus unterscheidbar, sie wird aber *als eine Dimension neben anderen* in immer mehr Lebensbereichen virulent.

Nicht jede soziale Beziehung ist als solche schon "politisch". Wenn, wie gelegentlich in der Erwachsenenbildung zu beobachten ist, politische Bildung aus der These von der Entgrenzung der Politik in der Moderne die Konsequenz zieht, jeden Sozialbezug des Lernens schon als Politikum zu begreifen, verliert sie ihren Gegenstand (2). Als "politisch" sollte jene Dimension sozialer Beziehungen verstanden werden, die mit der Regelung von gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft zu tun hat. Das generelle Problem von Politik und damit auch von politischer Bildung wäre damit die Frage, wie wir als menschliche Gesellschaft unser Zusammenleben organisieren und gestalten wollen.

3. Wenn politische Bildung die Kompetenz des eigenen politischen Urteils vermitteln will, muß sie in zunehmendem Maße dem Politischen in anderen, im traditionellen Sinn unpolitischen Sozial- und Sachzusammenhängen nachspüren.

Gegenstand politischer Bildung sind damit nicht nur Themen aus dem Bereich des (im engeren Sinne) politischen Systems wie z.B. Demokratie, Frieden, Dritte Welt etc. Zunehmend müssen auch Themen aus Technik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in den Horizont politischer Bildung rücken (wie z.B. Gentechnik, Medienkultur, Familien- und Geschlechterbeziehungen), allerdings jeweils unter der Perspektive ihrer *politischen* Dimension.

4. Dies hat weitreichende Konsequenzen für Selbstverständnis und curriculare Organisation politischer Bildung:

4.1 Politische Bildung kann Politik vielfach nur noch mit *interdisziplinären Zugängen* erschließen. Sie muß deshalb fächerübergreifend angelegt werden.

Wie die Gentechnik politisch zu regulieren ist, welche Sicherheitsstandards für die Großchemie nötig sind, wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung grundsätzlich und in konkreten Fällen gesichert werden kann, wie und nach welchen Maßstäben eine Kontrolle des privaten Fernsehens möglich ist, welche Kommunikations- und Interaktionsstrukturen für eine partizipative Unternehmenskultur in modernen Betrieben nötig sind – dies sind Beispiele für Fragestellungen, die für politische Bildung von erheblichem Interesse sind, die aber alleine aus sozialwissenschaftlicher Fachkompetenz nicht geklärt werden können (ohne freilich auch nicht) und die deshalb fächer- bzw. fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit erfordern.

4.2 Inhaltlich sollte sich politische Bildung nicht einfach als ein Fach neben anderen, sondern als ein Zentrum von Allgemeinbildung verstehen. Das zentrierende Element von allgemeiner wie politischer Bildung ist die Konzentration auf *Schlüsselprobleme unserer Epoche*.

Allgemeinbildung bedeutet nach Klafki unter anderem, "ein geschichtlich vermitteltes Bewußtsein von zentralen Problemen der Gegenwart und – soweit voraussehbar – der Zukunft zu gewinnen, Einsicht in die Mitverantwortlichkeit aller angesichts solcher Probleme und Bereitschaft, an ihrer Bewältigung mitzuwirken. Abkürzend kann man von der Konzentration auf epochaltypische Schlüsselprobleme unserer Gegenwart und der vermutlichen Zukunft sprechen."⁽³⁾ Da es sich bei solchen Schlüsselproblemen (wie z.B. Chancen und Risiken moderner Technologien, ökologische Krise, Friedenssicherung) im Kern um *politische* Probleme handelt, wird die (fächerübergreifende) politische Bildung aus bildungstheoretischer Sicht von einem eher randständigen Fachgebiet in Schule und außerschulischer Bildung zu einem inhaltlichen Zentrum allgemeiner Bildung. Didaktisch dient die Konzentration auf Schlüsselprobleme u.a. dazu, in einer komplexen und unübersichtlichen Realität Grundstrukturen zu erschließen und Zusammenhänge zwischen verschiedenen sozialen Bereichen erkennbar zu machen.

4.3 Institutionell sollte politische Bildung – in Schule und Erwachsenenbildung – als *curriculares Netzwerk* organisiert werden.

Netzwerk besagt: einerseits muß es eigenständige, explizit als politische Bildung ausgewiesene Angebote (Fächer) geben, andererseits muß dieses eher fachliche Lernen mit Angeboten anderer Fachgebiete (bzw. anderen Fächern) durch fächerübergreifende Kooperation auf verschiedenen Ebenen (von der bloßen wechselseitigen Information – was in der Schule leider keineswegs selbstverständlich ist – über gezielte Parallelisierung von Themen bis zur partiellen Integration in Projekten) vernetzt werden. In der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung ist dies im Prinzip zwanglos möglich, in der Schule erfordert es eine Lockerung der starren Fächerstruktur durch flexible Gestaltungsräume.

4.4 Dringlich ist hierbei insbesondere die Vernetzung von politischer Bildung mit den naturwissenschaftlichen Fächern und der beruflichen Bildung.

Das erste ergibt sich aus der oben angesprochenen Politisierung von Naturwissenschaft und Technik durch die Entgrenzung von Politik, das zweite aus der aktuellen Diskussion um eine erneuertes Verständnis beruflicher Aus- und Weiterbildung, das politisch relevante Qualifikationen einschließt: "Betriebliche Weiterbildung umfaßt berufsfachliche, fachübergreifende, allgemeine und politische Themen. Vielfach sind die Felder der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung untrennbar miteinander verbunden und dienen gemeinsam der Förderung beruflicher Handlungskompetenz."⁽⁴⁾ Die Initiative zu einem solchen neuen Verständnis von beruflicher Bildung geht derzeit überwiegend von den Unternehmen aus und ist bisher von der politischen Bildung noch kaum zur Kenntnis genommen worden, obwohl sich hier erhebliche Chancen für neue Ansätze politischen Lernens ergeben.

Anmerkungen:

(1) Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986, S. 304

(2) Vgl. hierzu kritisch: Klaus-Peter Hufer: Politische Erwachsenenbildung. Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze – Eine Einführung. Bad Schwalbach 1992, bes. S. 58 f.

(3) Wolfgang Klafki: Grundzüge eines neuen Allgemeinbildungskonzepts. Im Zentrum: Epochaltypische Schlüsselprobleme. In Ders.: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. 2., erweit. SAufl., Weinheim und Basel 1991, S. 56

(4) Günter Sielmann: Integration in der Weiterbildung – aus betrieblicher Sicht. In: Hessische Blätter für Volksbildung 3/1991, S. 200 f. Vgl. hierzu auch: Wolfgang Sander: Berufliche Bildung und politische Urteilsfähigkeit. Vorüberlegungen zu einem neuen Verhältnis von beruflicher und politischer Bildung. Ebd., S. 205

Literatur:

Wolfgang Sander (Hrsg.): Konzepte der Politikdidaktik. Aktueller Stand, neue Ansätze und Perspektiven. Hannover 1992/93 hier bes. Ders.: Vom Fach zum Bildungsbereich. Ein Plädoyer für Grenzüberschreitungen in der politischen Bildung.

Wolfgang Sander: Zur Geschichte und Theorie der politischen Bildung . Allgemeinbildung und fächerübergreifendes Lernen in der Schule. 2. Aufl., Marburg 1989.

Resümee der Diskussion:

Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die These von der Entgrenzung der Politik in der modernen Gesellschaft, die kontrovers erörtert wurde, mehrheitlich aber auf Zustimmung stieß. Ausgehend von dieser Diskussion bezog sich das weitere Gespräch auf die folgenden Fragenkomplexe:

1. Wie läßt sich angesichts der Entgrenzung der Politik der Begriff "politische Bildung" heute angemessen bestimmen? Wo liegt – in der Schule wie in der außerschulischen Bildung – ihr fachlich–inhaltliches Profil? Es zeigte sich in der Diskussion, daß die Probleme, die sich hierbei ergeben, sich in der Schule und außerschulischen Bildung gewissermaßen spiegelverkehrt darstellen: Während politische Bildung in der Schule ihr fachliches Profil sehr stark betont und vor der Schwierigkeit steht, wie sie angesichts der durch Schulstruktur und mangelnde Kooperationsbereitschaft vieler Lehrer/–innen fächerübergreifende Zusammenarbeit realisiert werden kann, besteht in der außerschulischen Bildung eher die Gefahr, daß die originär politische Dimension hinter populären, "marktgängigen" Themenstellungen verloren gehen kann. Die Gefahr einer Entpolitisierung der politischen Bildung wurde in diesem Zusammenhang betont. Hier stellte sich die Frage nach der fachlichen und politdidaktischen Professionalisierung der außerschulischen politischen Bildung.

2. Inwieweit muß politische Bildung heute, um ihre Adressaten überhaupt erreichen zu können, den "subjektiven Faktor" stärker betonen und in ihrem didaktischen Vorgehen einen "ganzheitlichen" Ansatz favorisieren? In der Diskussion wurde deutlich, daß bedingt durch die größeren organisatorischen Freiräume, aber auch bedingt durch den Zwang, attraktive Angebote für die freiwillig kommenden Teilnehmer/–innen zu entwickeln, die "Innovationskraft" der außerschulischen Bildung bei der Suche nach neuen didaktisch–methodischen Zugängen größer zu sein scheint als in der Schule. Von den VertreterInnen der außerschulischen Bildung wurde die Bedeutung der Teamarbeit in den Vordergrund gestellt. Damit sind die handelnden Personen auch einer fachlichen Kontrolle ausgesetzt, während sich LehrerInnen häufig alleine einer we-

nig motivierten Schülerschaft gegenüber sehen. Für wichtig wurde die Differenzierung zwischen der Schule als strukturelle Zwangssituation gegenüber der grundsätzlichen Freiwilligkeit im außerschulischen Bereich angesehen. Strittig blieb die Frage, ob und inwieweit zur fachlichen Profilierung der politischen Bildung der eigene politische Positionsbezug gehört. Es wurde in diesem Gespräch auch deutlich, daß die breite politdidaktische Diskussion zu dieser Frage (Stichwort "Beutelsbacher Konsens") in der außerschulischen Bildung nicht breit rezipiert worden ist.

4. Am Schluß der Diskussion wurde die Problematik des fachlichen Profils politischer Bildung angesichts der Notwendigkeit fächerübergreifender Zugänge noch einmal am Beispiel der Naturwissenschaften und der berufsbezogenen Bildung aufgegriffen und vertieft. Hierzu wurden die sich erweiternden Möglichkeiten der Schule deutlich gemacht, die es zukünftig stärker zu nutzen gilt. Traditionelle Formen, die dieser Entwicklung entgegenstehen, gilt es zu überwinden.

5. Wiederholt wurde der wechselseitige Lernbedarf zwischen der schulischen und der außerschulischen Jugendbildung betont. Während sich die politische Bildung auf die thematische und strukturelle Offenheit einlassen sollte, kann die außerschulische politische Bildung besonders von dem Grad der Professionalisierung der Schule lernen. Dazu bedarf es aber auch neuer Formen der institutionsübergreifenden Zusammenarbeit.

Eine persönliche Schlußbemerkung: Für mich hat die Diskussion vor allem gezeigt, daß die innerfachliche Diskussion über Ziele, Aufgaben und Ansätze politischer Bildung zwischen Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen pädagogischen Praxisfeldern notwendig und fruchtbar ist. Es gibt zwischen außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung einerseits und schulischer politischer Bildung andererseits ein erhebliches Potential gegenseitiger Anregung. Vereinfacht gesagt: Während die schulische politische Bildung von der Flexibilität und methodischen Innovationsfreudigkeit der außerschulischen Bildung lernen kann, kann die außerschulische politische Bildung ihren Professionalisierungsprozeß durch die Auseinandersetzung mit der politdidaktischen Theoriebildung, die sich überwiegend mit Bezug auf den schulischen Politikunterricht entwickelt hat, weiter voranbringen. ■
